

Energiewende lokal gestalten: Klimagerecht, digital, smart Fachkonferenz von MIL und VKU am 19. Februar 2020

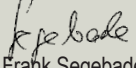
Liebe Leserinnen und Leser,

als Minister Beermann und VKU-Landesgruppenchef Jahnke am 19. Februar 2020 die dritte gemeinsame Fachtagung in Potsdam eröffneten, war Corona noch eine Nachricht aus dem fernen China. Niemand konnte damals ahnen, dass das öffentliche Leben in Brandenburg, in Europa, ja in der gesamten Welt nur wenige Wochen später weitestgehend heruntergefahren werden würde.

Unter dem Eindruck der gewaltigen Einschränkungen durch den Virus ändert sich auch der Blick auf den Klimaschutz. Einerseits ist zu spüren, wieviel besser die Luft ist, wenn weniger Autos fahren und natürlich sinken die CO₂-Emissionen, wenn in den Fabriken weniger produziert wird. Andererseits macht die Krise klar, dass das Funktionieren der Wirtschaft eine zutiefst soziale Frage ist. Gerade die schwächeren Mitglieder der Gesellschaft sind existenziell darauf angewiesen, dass Auftrags- und Beschäftigungsverhältnisse stabil sind. Mehr Klimaschutz muss sein, das ist klar. Bis zum Jahr 2050 muss die Dekarbonisierung von Wirtschaft und Gesellschaft weitestgehend geschafft sein. Aber auf dem Weg dahin darf niemand überfordert werden, die Lasten müssen gerecht verteilt werden.

Deswegen ist es so wichtig, beim Klimaschutz auf lokaler Ebene gut zusammenzuarbeiten. Vor Ort wissen die kommunalen Verwaltungen, die Versorgungsunternehmen und die örtlichen Vermieterinnen und Vermieter am besten, wie die Verhältnisse sind. Sie müssen sich zusammensetzen und Konzepte für die lokale Energiewende erarbeiten. Um eine wirksame Wärme-, Mobilitäts- und Energiewende in den Kommunen zu ermöglichen, brauchen wir weitere Energie- und Klimaschutzkonzepte.

Freundliche Grüße



Frank Segebade
Leiter des Referats 22 – Stadtentwicklung



„Wir haben uns über das Pariser Klimaschutzabkommen, durch nationale Beschlüsse und in der brandenburgischen Koalitionsvereinbarung zur Dekarbonisierung verpflichtet! Lassen Sie uns dafür gemeinsam lokal spezifische Lösungen finden!“

Guido Beermann,
Minister für Infrastruktur und Landesplanung
des Landes Brandenburg [Foto: B.B.S.M.]

Die etwa 130 Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren gespannt auf die Begrüßungsworte von **Guido Beermann**, der zusammen mit dem VKU-Landesvorsitzenden Harald Jahnke die gemeinsame Fachtagung eröffnete. Minister Beermann, zu dem Zeitpunkt etwa 100 Tage als Minister für Infrastruktur und Landesplanung im Amt, machte deutlich, dass der Klimaschutz für die brandenburgische Landesregierung einen hohen Stellenwert hat. So sehe die Koalitionsvereinbarung vor, dass Brandenburg bis spätestens zum Jahr 2050 klimaneutral wirtschaftet und arbeitet. Deswegen sei es richtig, den gemeinsam mit dem VKU eingeschlagenen Weg der Zusammenarbeit fortzusetzen und zu intensivieren.

Bei der Umsetzung des Klimaschutzes setze das MIL darauf, die Kommunen noch stärker mitzunehmen sowie die maßgeblichen Akteure in den Prozess der Energie- und Wärmewende einzubinden. Daher sollen die bestehenden Kooperationsvereinbarungen ausgebaut und inhaltlich neu ausgerichtet werden. Exemplarisch nannte Minister Beermann, dass in der Städtebauförderung ein stärkerer Fokus auf den Klimaschutz gelegt werden soll. Aber auch konkrete Modellprojekte zum besseren Klimaschutz in Quartieren unter Berücksichtigung der relevanten Sektoren,

vor allem Wärme und Verkehr, sollen verstärkt durchgeführt werden. Wichtig sei auch, dass die Bürgerinnen und Bürger auf lokaler Ebene dazu generationenübergreifend miteinander ins Gespräch kommen. Daher plant das MIL, sich bei der Landesinitiative „Meine Stadt der Zukunft“ mit den Zukunftsthemen der Stadtentwicklung aus Bürgersicht zu beschäftigen und Städte mit einer innovativen Herangehensweise zu unterstützen. Zentrale Themen sollen dabei die lokale Energie-/Wärmewende und die Digitalisierung sein. Wichtig sei es, die optimalen Lösungen vor Ort zu finden.

Harald Jahnke hob hervor, dass die grundsätzlichen Ziele nicht mehr zur Debatte stünden. Für die Energiewende mit Atom- und Kohleausstieg liege bis 2038 ein klarer Fahrplan vor. Nun sei die dezentrale Umsetzung die eigentliche Herausforderung. Als einen wichtigen Ansatz für eine erfolgreiche Energiewende nannte Harald Jahnke die engere Verknüpfung von energetischer und digitaler Infrastruktur. Die Rahmenbedingungen für die Energiewende seien in Brandenburg derzeit durchaus günstig. Deshalb dürfe nicht allein auf die Leuchttürme der E-Mobilität im Berliner Umland und die besonderen Strukturwandelanpassungen in der Lausitz geschaut werden. Wichtig sei es, so Harald Jahnke, auch die anderen Regionen Brandenburgs, wie die Prignitz oder die Uckermark, mitzunehmen. Auch dort gäbe es viele innovative Ideen.



„Wenn wir die Energiewende hinbekommen wollen, gehören Digitalisierung und Automatisierung einfach mit dazu!“

Harald Jahnke,
Vorsitzender des Vorstands der Landesgruppe
Berlin-Brandenburg des VKU [Foto: B.B.S.M.]

Regionale Wertschöpfung durch eine Energie- und Mobilitätswende

Welche Rolle spielen ökonomische Faktoren bei der Umsetzung der Energiewende? Hierauf gab der Vortrag von Prof. Dr. Bernd Hirschl vom Fachgebiet Management regionaler Energieversorgungssysteme an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg (BTU) und gleichzeitig Leiter der Abteilung Nachhaltige Energiewirtschaft und Klimaschutz am Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) in Berlin eine Antwort. Prof. Dr. Hirschl machte deutlich, dass die Energiewende deutlich an Fahrt aufnehmen müsse. Konkret ging er auf die Herausforderungen und Möglichkeiten in den drei Sektoren Strom, Wärme und Mobilität ein.

„Stromwende“: Regionalisierung der Erzeugung und Nutzung

Gerade im Stromsektor sei der Energiepreis nicht das Hindernis für den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien. Die ungünstige Verteilung von Ertrag, Kosten und Nutzen sei ursächlich für die oft geringe Akzeptanz von Windkraft- oder Großsolaranlagen vor Ort. Externe Investoren seien die Profiteure, während lokal oft keine ökonomische Teilhabe spürbar sei. Um lokale Akteure stärker profitieren zu lassen und die Wertschöpfung in der Region zu behalten, seien beispielsweise eine stärkere Rolle der Stadtwerke oder von Bürgerenergiegenossenschaften als Betreiber von Anlagen zur Nutzung regenerativer Energien denkbar. Neben der Erschließung der vielen dezentralen erneuerbaren Energien-Potenziale befürwortet Prof. Dr. Hirschl auch die Errichtung großflächiger Solar-Wind-Hybridanlagen und die direkte Nutzung des Überschussstroms vor Ort für die Erzeugung

von grünem Wasserstoff. Die Lausitz sei mit dem Flächenpotenzial der Bergbaufolgelandschaften, der gut ausgebauten energietechnischen Infrastruktur und der energietechnischen Kompetenz prädestiniert dafür, eine Energiewenderegion zu werden.

„Wärmewende“: Fördern und Fordern weiterhin notwendig

Bei der Wärmewende seien erneuerbare Energieträger bei den gegenwärtigen niedrigen globalen Preisen fossiler Energieträger in der Breite derzeit noch nicht konkurrenzfähig, meinte Prof. Dr. Hirschl. Daher gelinge beispielsweise die Umstellung auf eine klimaneutrale Fernwärme im Bestand als Plattform für unterschiedliche erneuerbare Quellen und Abwärme bisher kaum. Es gehe auch nicht darum zwischen den Alternativen „grüne Wärme“ oder Steigerung der Gebäudesanierungsrate zu wählen, sondern beides sei miteinander zu verknüpfen. Nur bei deutlich niedrigerem Wärmeverbrauch im Gebäudebestand sei ein Ersatz des verbleibenden Energiebedarfs durch erneuerbare Quellen machbar. Diese sollten möglichst aus lokalen Quellen und Abwärme kommen, da dies auch die Akzeptanz vor Ort steigere.

Als einen Lösungsansatz identifizierte Prof. Dr. Hirschl eine stärkere staatliche Lenkung im Wärmesektor. Einerseits müssten spürbare CO₂-Bepreisungen und Förderungen die ökonomische Kluft zur billigen fossilen Wärmeerzeugung schließen, andererseits brauche der Gebäudesektor darüber hinaus gezielte und vielfältige Maßnahmen, um bestehenden Hemmnissen, wie Investitionsrestriktionen privater Eigentümerinnen und Eigentümer

„Es ist kein sinkender Trend bei den Wärmeverbräuchen in Aussicht und gleichzeitig ist die Zunahme der erneuerbaren Energien noch zu gering. Es bleibt viel zu tun!“

Prof. Dr. Bernd Hirschl, Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) und BTU Cottbus-Senftenberg

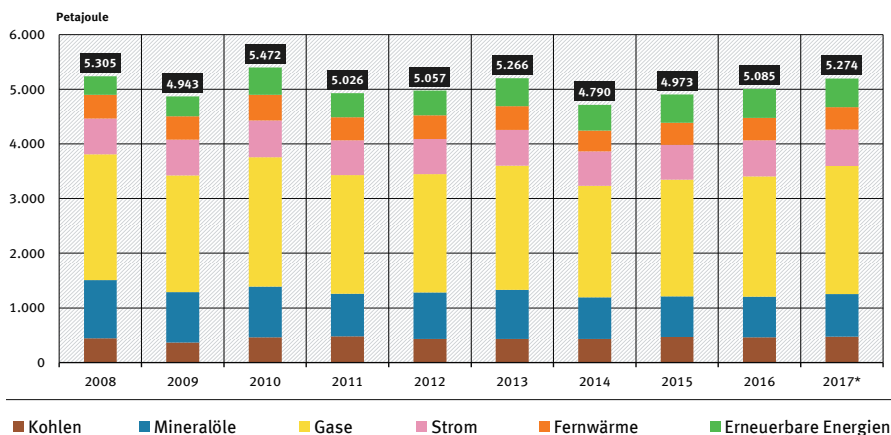
oder dem Mieter-Vermieter-Dilemma entgegenzuwirken. Zudem sollten geltende Regelungen wie die EnEV konsequenter eingehalten werden, so Prof. Dr. Hirschl. Für urban geprägte Räume könne insbesondere die Fernwärme eine Lösung sein. Hier fehle es jedoch bis heute noch an guten Beispielen für klimaneutrale Fernwärme im Bestand.

„Mobilitätswende“: Mehrgleisig fahren

Der Verkehrssektor bleibe, so Prof. Dr. Hirschl, ein besonderer Problemfall der Klimaschutzpolitik, denn hier seien Emissionen in den vergangenen Jahren auf hohem Niveau sogar weiter angestiegen. Die Dekarbonisierung müsse hier auf vielen Säulen basieren. Von der Förderung des Umweltverbunds bis zum Ausbau der E-Mobilität oder der Wasserstofftechnologie seien große Investitionen notwendig, die sich derzeit noch nicht rechneten. Lokale Wertschöpfung entstünde bei Sharing-Modellen, im Umweltverbund oder dem Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Mobilität erst langsam. Prof. Dr. Hirschl sah die Elektromobilität für die Masse des Personenverkehrs als Basis, empfahl aber eine technologieoffene Herangehensweise. So könnten austauschbare Akkus eine flexible Alternative zu Ladesäulen sein.

Energiewende als kommunale Großaufgabe

Die Schlüsselakteure in den Kommunen in Verwaltungen und Stadtwerken erreichen die Klimaneutralität nicht allein durch Einsparungen, sondern nur durch Investitionen in eine Wärme- und Verkehrswende, so Prof. Dr. Hirschl. Die Komplexität und vielfältigen Herausforderungen vor Ort erforderten hohe fachliche Kompetenzen und erhebliche personelle und finanzielle Ressourcen. Prof. Dr. Hirschl ermutigte die Kommunen, für die Beschleunigung und die Erhöhung der Beteiligung am Prozess die Unterstützung von Landes- und Bundesebene einzufordern und vorhandene Fördermöglichkeiten zu nutzen.



Entwicklung des Wärmeverbrauchs nach Energieträgern in Deutschland

[Quelle: Umweltbundesamt 2019 nach Daten der AG Energiebilanzen]

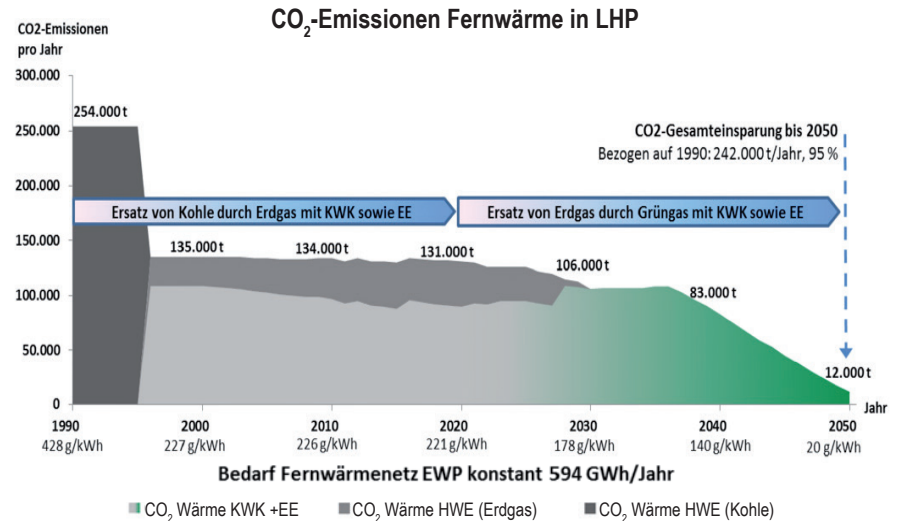
Wie werden Energie- und Wärmeversorgung in Potsdam klimagerecht, smart und digital?

Die Landeshauptstadt Potsdam hat sich im Masterplan 100 % Klimaschutz ambitionierte kommunalpolitische Ziele gesetzt: Bis 2050 möchte die Stadt 95 Prozent der CO₂-Emissionen und 50 Prozent des Endenergieverbrauchs einsparen. Vom politischen Ziel bis zur realen Umsetzung ist es jedoch ein langer Weg, auf dem insbesondere die Energie- und Wärmeversorger sowie die Verkehrsbetriebe gefordert sind. Eckard Veil ist seit Oktober 2019 Technischer Geschäftsführer der Energie und Wasser Potsdam GmbH (EWP).

Er stellte dar, wie in einer ganzheitlichen Dekarbonisierungsstrategie der EWP nahezu alle Bereiche von der Fernwärme über die Stromversorgung, die Mobilität und die Energieeffizienz bis hin zur Digitalisierung ineinandergreifen. Die Strategie basiere auf der dezentralen Einspeisung „grüner Wärme“ ins Fernwärmenetz, so Eckard Veil. Bis 2030 könnte der Wärme-Erzeugerpark in Potsdam neben dem existierenden Gasheizkraftwerk mit Power-to-heat-Kessel in Drewitz weitere, auf Basis von grünem Gas betriebene Blockheizkraftwerke (BHKW), drei Tiefengeothermieanlagen, eine Grosolarthermie-Anlage und zwei Großwärmespeicher umfassen. Allerdings erfordere die Einbindung dieser neuen Quellen in das bestehende Netz einen umfassenden Umbau der Netzinfrastruktur. Dazu brauche es auch verbesserte rechtliche Rahmenbedingungen, um neue Wege in der Sektorkopplung zur Transformation von erneuerbarem Strom in Wärme oder synthetische Gase gehen zu können. Für Potsdam ergebe sich zudem ein spezifisches Problem: Aufgrund des starken Wachstums habe die Stadt einen steigenden Energiebedarf. Nur wenn es gelinge, den Pro-Kopf-Verbrauch deutlich zu senken, könne daher auch der Energieverbrauch in absoluten Zahlen sinken. Hierbei komme die Digitalisierung ins Spiel, denn diese erlaube es, Effizienzpotenziale über Smart-Grids bzw. Smart-Metering sowie Fernüberwachung und Fernsteuerung der Netze zu nutzen. Auch die Verbrauchersensibilisierung sei über transparente Verbrauchsdaten besser möglich.

„Wir müssen wegkommen von der klassischen Energiedenkweise, die auf einzelne Zählerstände fixiert ist, und stärker in Zusammenhängen denken!“

Eckard Veil,
Energie und Wasser Potsdam GmbH



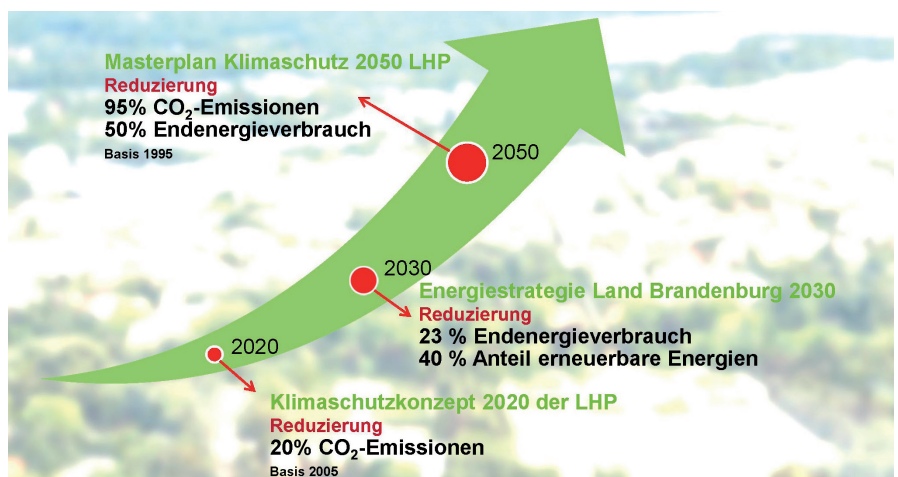
Entwicklung der CO₂-Emission in der Fernwärme der Stadt Potsdam [Quelle: Energie und Wasser Potsdam GmbH]

Modellprojekte realisieren: Potsdam-Krampnitz

Ein Bereich in dem schnell innovative Lösungen gebraucht würden, sei der neue Stadtteil Krampnitz in Potsdam, so Eckard Veil. In den 2020er Jahren soll, etwa 6 Kilometer nördlich der Potsdamer Innenstadt, ein ganz neuer Stadtteil für etwa 10.000 Einwohnerinnen und Einwohner entstehen. Eine energetische Infrastruktur gebe es dort bisher nicht, daher böte sich die Möglichkeit modellhafte Lösungen zu erproben, die dann auch auf andere Quartiere übertragen werden könnten.

Eckard Veil erläuterte, dass in Krampnitz ein zukunftsweisendes Wärmenetz entstehen soll, das aus mehreren Komponenten bestehen werde: die Nutzung von Erdwärme

in einem Niedrigtemperaturwärmennetz, ein Biomethangas-BHKW, das unter anderem mit Gas aus der Vergärung der lokalen Abfälle betrieben werden soll, Power-to-Heat-Anlagen für die Nutzung regionaler Überschüsse bei der Windenergie, Solarthermie-Freiflächenanlagen am Rande des Wohnquartiers sowie Wärmespeicher. Entstehen soll eine autarke und langfristig völlig fossilfrei betriebene Wärmeversorgung. Der im BHKW erzeugte Strom werde für die Straßenbeleuchtung und die Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge genutzt, die in den Quartiersgaragen von Beginn an bereitgestellt werde. Das Beispiel Krampnitz zeige, so Eckard Veil, dass ein neuer Stadtteil ohne bestehende technische Restriktionen visionäres Denken ermögliche, ja geradezu erfordere. Ein neues Wohnquartier müsse heute von Beginn an als klimaneutrales Quartier geplant werden.



Zielentwicklung im Klimaschutz der Landeshauptstadt Potsdam [Quelle: Energie und Wasser Potsdam GmbH]

Auf dem Weg zu smarten und klimagerechten Quartieren



Dr. Gregor Langenbrinck und Dr. Heike Liebmann
[Foto: B.B.S.M.]

Das Förderprogramm „Energetische Stadt- sanierung“ wurde von Beginn an durch eine Begleitforschung des Bundes intensiv wissenschaftlich untersucht. Auch das MIL hat mit der Kontaktstelle für den energetischen Umbau im Quartier eine Vernetzungsstelle für dieses Programm aufgebaut. Dr. Heike Liebmann von der Brandenburger Kontaktstelle für den energetischen Umbau im Quartier sprach mit Dr. Gregor Langenbrinck vom Büro Urbanizers, das gemeinsam mit weiteren Partnern vom Bund mit der Begleitung des Programms beauftragt ist.

Dr. Liebmann: Aus heutiger Perspektive ist der Quartiersansatz nichts Neues mehr, aber dennoch: Warum ist die Quartiersebene so wichtig, wenn wir über globale Themen wie die Energie- und Wärmewende reden?

Dr. Langenbrinck: Auf der Quartiersebene kommt alles zusammen: bauliche Strukturen, Infrastrukturen, öffentliche sowie private Freiräume und natürlich Akteursnetzwerke sowie Bewohnerinnen und Bewohner. So können durch grundstücksübergreifende Lösungen und Kooperation neue Ansätze entstehen, die es bei einem begrenzten Blick auf ein Gebäude nicht gäbe.

Dr. Liebmann: Das Programm der KfW zur energetischen Stadt- sanierung gibt es inzwischen im zehnten Jahr in Folge. Haben sich die Schwerpunkte oder inhaltliche Ansätze der Konzepte in den letzten Jahren verändert?

Dr. Langenbrinck: Die Konzepte der ersten Phase waren noch sehr sektoral angelegt und haben sich nur auf wenige Aspekte beschränkt, in der Regel auf die Gebäudesanierung bzw. Energiesysteme. Inzwischen werden aber vielfach wirklich integrierte und komplexere Konzepte erstellt. Es mussten erstmal Erfahrungen gesammelt werden, aber gerade die Kommunen haben in den vergangenen Jahren viel über die energetische Quartierssanierung

gelernt. Immerhin wurde gerade in Zwickau der Förderbescheid für das 1.000 Konzept übergeben.

Dr. Liebmann: In Brandenburg verzeichnen wir nach einer relativ starken Startphase in den letzten Jahren eine geringe Dynamik bei der Beantragung neuer Quartierskonzepte. Bisher wurden im Land Brandenburg 32 Konzepte erstellt oder finden sich in Bearbeitung. Wie sieht das in den anderen Ländern aus?

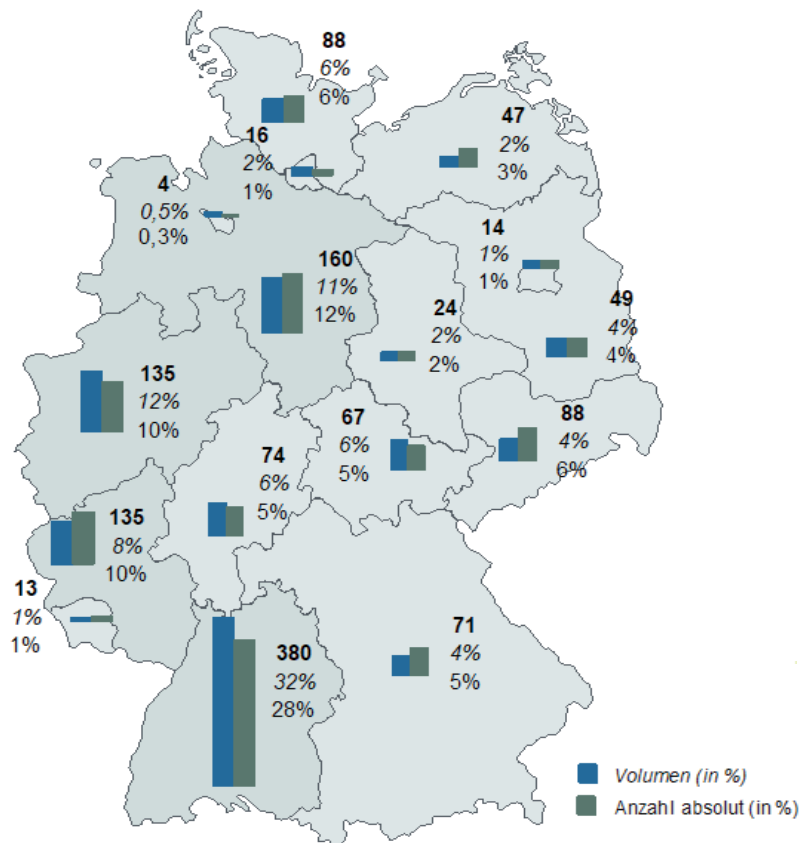
Dr. Langenbrinck: Das fällt sehr unterschiedlich aus. Vor allem Baden-Württemberg ist mit über 380 Förderzusagen ganz weit vorne. Auch in Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen wird das Programm sehr intensiv genutzt. Das liegt zum anderen daran, dass einzelne Länder die kommunale Auseinandersetzung mit Energiethemen sehr explizit einfordern.

Wichtig ist auch das Selbstverständnis in den Kommunen: Wird Klimaschutz, Energie- und Wärmewende von vorn herein in allen Prozessen der Stadtentwicklung mitgedacht? Wir sprechen in der Begleitfor-

schung von einer „Kultur der energetischen Stadt- sanierung“. Dies meint, dass integrierte und ganzheitliche Strategien zum Standard einer nachhaltigen Stadt- und Regionalentwicklung werden.

In diesem Sinne sind die Erfahrungen, die bisher in den Prozessen der energetischen Stadt- sanierung gesammelt wurden, wertvoll für die weitere Umsetzung. Sie gilt es, zu verdichten und auf andere Quartiere in den Kommunen zu übertragen. Im besten Falle wirkt diese Kultur dann in alle laufenden und anstehenden Sanierungs-, Umbau- und Umstrukturierungsprozesse in die Quartiere hinein. Der Erfolg der bisherigen Projekte der energetischen Stadt- sanierung ist daher auch nicht allein in eingesparten Tonnen CO₂ zu messen. Er liegt vielmehr auch in den aufgebauten Kooperationen, Beratungs- und Förderstrukturen, die es nun ermöglichen, die gesteckten Ziele in den Quartieren sukzessive umzusetzen.

Dr. Liebmann: Gerade im Umsetzungsprozess spielt das Sanierungsmanagement eine wichtige Rolle. Welche Erfahrungen wurden damit bisher gemacht?



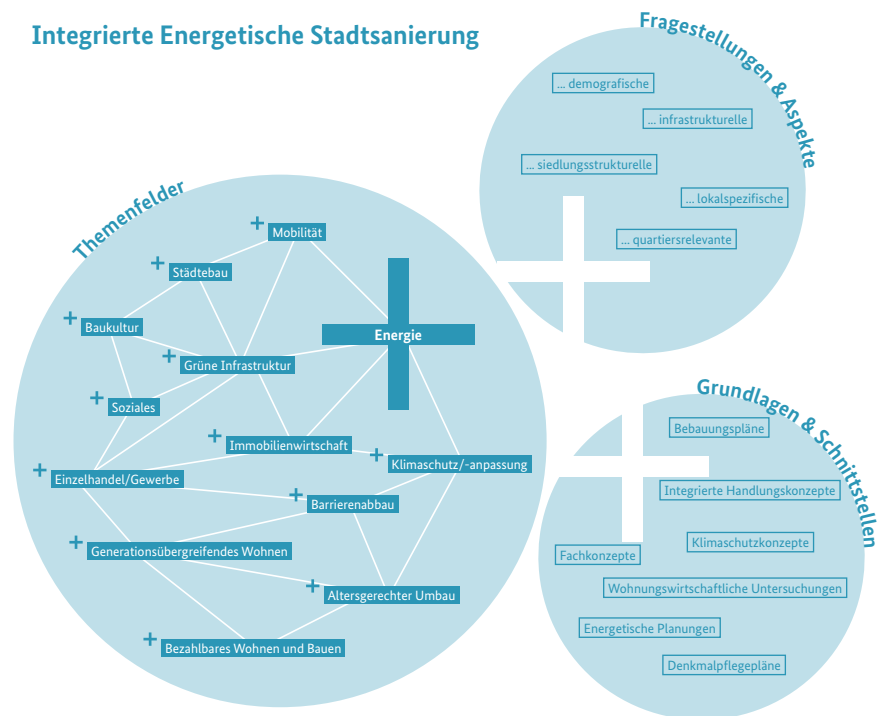
Energetische Stadt- sanierung - Verteilung der Zusagen nach Bundesländern per 31.12.2019

[Quelle: KfW Bankengruppe]

Dr. Langenbrinck: Das energetische Sanierungsmanagement ist wirklich ein perfektes Instrument, um ganz flexibel entsprechend den lokalen Schwerpunktsetzungen und Bedarfen, die Umsetzung der Konzepte zu unterstützen. Dies können Aufgaben des Projektmanagements und der Fördermittelakquise in komplexen Akteursnetzwerken sein, aber auch die Ansprache und Beratung von Gebäudeeigentümerinnen und -eigentümern im Quartier oder die Beteiligung und Beratung von Bürgerinnen und Bürgern.

Weil deutlich wurde, dass die Umsetzung der Quartierskonzepte und die Verstetigung der vor Ort angeschobenen Prozesse in manchen Quartieren mehr Zeit braucht, als zunächst angenommen, wurde die Förderung des Sanierungsmanagements auf bis zu fünf Jahre Laufzeit verlängert. Bei einem Zuschuss von 65 Prozent durch die KfW und zum Teil weiteren Mitteln des Landes sind dies wirklich tolle Möglichkeiten, um die personellen Ressourcen in der energetischen Stadtsanierung aufzustocken.

Integrierte Energetische Stadtsanierung



Vielfalt der Themen und Fragestellungen in integrierten Quartierskonzepten

[Quelle: Urbanizers]

Impulse für private Investitionen zur energetischen Sanierung in Sanierungsgebieten

Baulich heterogene Quartiere mit kleinteiligem Einzeleigentum gelten als besonders schwierige Gebietstypen für quartiersbezogene Ansätze der energetischen Stadtsanierung. Mit dieser spezifischen, aber durchaus häufigen Konstellation befasste sich der Vortrag von Eckhard Horwedel, Mitglied der Geschäftsführung der DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG. Er griff Erfahrungen aus einer Reihe von niedersächsischen Kommunen auf. Hierbei handelte es sich um Quartiere mit überwiegend Ein- und Zweifamilienhausbestand. Diese Quartiere wiesen energetisch oft sehr niedrige Standards auf. Wenn das Ziel der Bundesregierung, die Sanierungsrate auf zwei Prozent jährlich zu erhöhen, erreicht werden sollte, müssten auch diese Bestände besonders in den Fokus rücken. Allerdings würden die Häuser vielfach von älteren Menschen bewohnt, die auch bei guter Vermögenssituation oft wenig Neigung hätten in ihre Gebäude zu investieren. Ein Schlüssel sei hier das städtebauliche Sanierungsrecht. Energetisch

nicht zeitgemäße Standards könnten als Kriterium für einen städtebaulichen Missstand nach § 136 BauGB und den Beschluss einer Sanierungssatzung nach § 142 BauGB herangezogen werden. In diesen Gebieten würden Steuerabschreibungsmöglichkeiten für private Eigentümerinnen und Eigentümern nach § 7h EStG bzw. in besonders attraktiver Form nach § 10f EStG für selbst genutztes Wohneigentum greifen. Über zehn bzw. zwölf Jahre seien die Kosten der Modernisierung und Instandsetzung erhöht abschreibungsfähig.

Am Beispiel der Steinfeldsiedlung in Harsefeld, einem Quartier mit 543 Wohngebäuden, zeigte Eckhard Horwedel die Anreizwirkung des Instruments auf. So seien seit Beschluss der Sanierungssatzung im Oktober 2014 immerhin 96 Modernisierungs- und Instandsetzungsverträge mit einem Volumen von 4,7 Millionen Euro abgeschlossen worden. Die energetische Sanierung sei selten der alleinige Investitionsanlass. Vielfach bestünden weitere Motive, wie die Notwendigkeit eines altersgerechten Umbaus, die dann miteinander verknüpft würden. Den Kommunen empfahl Eckhard Horwedel den hohen Kommunikations- und Verwaltungsaufwand dieser Verfahren zu berücksichtigen, selbst wenn eine Sanierungssatzung nur im vereinfachten Verfahren zur Anwendung komme. Hier könne wiederum das über die KfW geförderte Sanierungsmanagement eine wichtige Stütze sein.

Verfahrensschritte:

- Analyse zur energetischen Beschaffenheit, zur Gesamtenergieeffizienz der vorhandenen Bebauung und zu den energetischen Sanierungsstandards als städtebauliche Missstände nach § 136 Abs. 3 Nr. 1h BauGB
- Nutzung eines energetischen Quartierskonzeptes zur Ableitung von vorbereitenden Untersuchungen nach § 141 BauGB
- Festlegung von energetischen Sanierungszielen mit Umsetzungsvorschlägen nach § 140 BauGB
- Kommunaler Beschluss Sanierungssatzung, ggf. in vereinfachtem Verfahren nach § 142 BauGB
- Sanierungsrechtliche Genehmigung der Gemeinde nach § 144 bzw. § 145 BauGB
- Modernisierungsverträge zur Umsetzung der energetischen Sanierungsziele und abschließend Bescheinigung der kommunalen Behörde über die umgesetzten Maßnahmen und Kosten nach § 7h EStG

„Konzepte sind ein Versprechen. Wenn diese nicht umgesetzt werden, bekommen wir ein Problem. Daher sind wirksame Anreize und Sanierungsmanagements so wichtig.“

Eckhard Horwedel, DSK GmbH & Co. KG

Breitbandausbau als Baustein für eine smarte Quartiersentwicklung



Dirk Sasson und Andy Hoffmann [Foto: B.B.S.M.]

Die städtische Energie- und Wärmewende ist bereits mit den Handlungsfeldern Gebäudesanierung, Wärme- und Energieversorgung eine komplexe Aufgabe. Die Digitalisierung spielt in allen drei Handlungsfeldern und ihrer Verzahnung eine immer wichtigere Rolle. Andy Hoffmann, Geschäftsführer der Stadtwerke Finsterwalde und Dirk Sasson, Geschäftsführer der Stadtwerke Schwedt machten im Gespräch mit Dr. Heike Liebmann deutlich, dass es sich lohnt, hier stärker zu investieren. Eine besondere Bedeutung kommt dabei dem Breitbandausbau zu.

Dr. Liebmann: Die Stadtwerke Finsterwalde und Schwedt/Oder haben unterschiedliche Wege beschritten um den Breitbandausbau voranzutreiben: Können Sie einen Einblick geben, wie Sie das Thema angegangen sind und wo Sie heute stehen?

Sasson: Als Unternehmensverbund sind wir breit aufgestellt. Wir betreiben als Stadtwerke Schwedt nicht nur klassische Energieversorgung, sondern auch das Kino, das Schwimmbad, den Stadthafen, Angebote für E-Mobilität und eben auch Telekommunikation. Zur Telekommunikation sind wir dabei eher zufällig gekommen, als wir 1998 alte Verträge der Wohnungswirtschaft übernommen haben. Inzwischen haben wir dies zu einem wichtigen Geschäftsfeld ausgebaut.

Hoffmann: In Finsterwalde gab es starke Forderungen der Bürgerinnen und Bürger, eine vernünftige Internetversorgung zu schaffen. Weil aber die großen Telekommunikationsanbieter kein großes Interesse zeigten ein Glasfasernetz aufzubauen, haben wir das als kommunales Unternehmen übernommen. Für uns als Unternehmen geht es jetzt zunehmend um eine sinnvolle Kopplung und Synergien zwischen den Geschäftsfeldern.

Dr. Liebmann: Welche Synergien sind dies konkret?

Hoffmann: Mit der eigenen Infrastruktur haben wir die Möglichkeit, unterschiedlichste Daten miteinander zu verknüpfen aber auch neue Angebote zu entwickeln. Wir bauen jetzt als erste Stufe eine Art Intranet für die eigenen und kommunalen Liegenschaften

auf, um dort die Energieverbräuche besser zu erfassen und zu steuern.

Sasson: Mit der Energiewende und den neuen technologischen Möglichkeiten der Digitalisierung treten die Synergien jetzt deutlicher hervor. Wir verlegen mit dem Breitbandausbau nicht nur einfach zusätzliche Rohre, sondern schaffen eine komplett neue, vernetzte IT-Infrastruktur. Ohne diese Datenautobahn gibt es keine Energiewende, denn nur sie ermöglicht die wichtige dezentrale und flexible Steuerung von Anlagen.

Hoffmann: Man hat auf jeden Fall als Anbieter „aus einer Hand“ ein Produkt, mit dem man sich gut von der Konkurrenz absetzen kann. Auch die Effekte für die Stadt Finsterwalde insgesamt sind erheblich. Eine leistungsfähige digitale Infrastruktur ist einer der wichtigsten Standortfaktoren überhaupt. Wichtig ist, dass dieses zusätzliche Geschäftsfeld von den Stadtwerken ernst genommen wird. Das geht nicht nebenbei und man braucht Fachleute, die diese IT-Themen bedienen können.

Sasson: Wir können das nur bestätigen, unsere Tätigkeit als moderner Breitbandanbieter verschafft uns damit in Summe eine größere, emotionalere Kundenbindung als dies mit Strom und Gas möglich wäre.

Zukunftsfähige Mobilitätskonzepte und Technologien

Der letzte Teil der Veranstaltung widmete sich der noch ausstehenden Mobilitätswende mit sehr vielen unterschiedlichen planerischen und technischen Ansätzen.

Mobil in Eberswalde - Mobilitätsplan 2030+

Silke Leuschner, Leiterin des Stadtentwicklungsamts Eberswalde, machte in ihrem Beitrag deutlich, dass die Mobilitätswende durch eine klare Strategie und breite öffentliche Diskussion vorbereitet werden müsse. Beides werde in Eberswalde mit dem Mobilitätsplan 2030+ verbunden. Weil Nachhaltigkeit im Leitbild der Stadt Eberswalde einen hohen Stellenwert einnehme und ein starker kommunalpolitischer Rückhalt für aktiven Klimaschutz vorhanden sei, gebe es für den Mobilitätsplan eine gute Basis. Als integrierter, strategischer Plan thematisiere der Mobilitätsplan

2030+ grundsätzliche Fragen und Leitziele, solle aber auch mit Maßnahmenvorschlägen konkret und anschaulich sein. Als Maßnahmenschwerpunkte kristallisierten sich die Förderung des Radverkehrs, der Ausbau von privater E-Mobilität und Sharing-Modellen, die Verkehrsentlastung der zentralen Stadträume sowie die weitere Attraktivitätssteigerung des O-Busverkehrs heraus. Fast genauso wichtig wie die Inhalte sei der Bearbeitungsprozess

„Mit dem O-Bus haben wir in Eberswalde ein bewährtes elektrisch betriebenes öffentliches Nahverkehrssystem. Er fährt auf der Stammstrecke nahezu im Fünf-Minuten-Takt, da können wir fast mit Hamburg mithalten.“

Silke Leuschner,
Stadtentwicklungsamt Eberswalde

selbst. Mit fünf Bürgerwerkstätten, einer Bürgerbefragung und kontinuierlichen Feedback-Möglichkeiten in einem auf fast zwei Jahre angelegten Verfahren würden die Themen gut kommuniziert und bei den Eberswalder Bürgerinnen und Bürgern verankert werden. Nicht Schnelligkeit ist entscheidend, sondern dass möglichst die gesamte Stadtöffentlichkeit für die Mobilitätswende gewonnen werden könne, so Silke Leuschner abschließend.



O-Bus Eberswalde

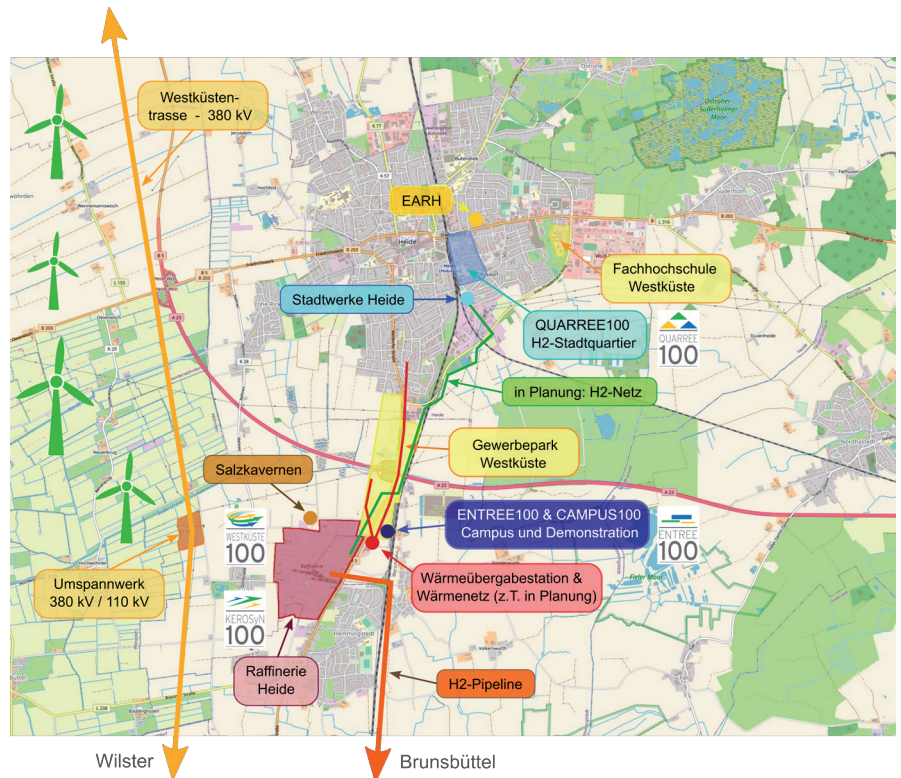
[Quelle: Stadt Eberswalde]

Sektorkopplung komplett: Entwicklung einer regionalen Wasserstoffwirtschaft mit dem Projektbaukasten ENTREE100

Um technische Lösungen zur Nutzung erneuerbarer Energien in unterschiedlichen Mobilitätsbereichen ging es im Vortrag von Dirk Burmeister, Vorstandsvorsitzender der Entwicklungsagentur Region Heide. In der Region Heide in Schleswig-Holstein lassen sich viele aktuelle Diskussionen der Energie- und Mobilitätswende in komprimierter Form nachvollziehen. Dirk Burmeister führte in einem Schnelldurchlauf durch verschiedene innovative Projekte der Energiewende in der Region. Er machte aber auch deutlich, dass die Ausgangslage in Heide sehr besonders sei: Einerseits repräsentiere die ortsansässige Erdölraffinerie Heide eine Schlüsselindustrie der fossilen Energieumwandlung, andererseits verfüge die Region über sehr hohe Mengen erneuerbaren Stroms, insbesondere aus On- und Offshore-Windparks. 300 - 400 Millionen Kilowattstunden Windstrom gingen jedoch auf Grund fehlender Netzkapazitäten oder lokaler Abnehmer jährlich verloren. Im Rahmen des geplanten Reallabor Westküste 100 würden Lösungen entwickelt, Überschussstrom sinnvoll zu nutzen und mit der regionalen Wirtschaftsentwicklung in experimentellen Großprojekten zu verknüpfen. So solle mit Hilfe von grünem Strom die Gewinnung von

„Das Land Schleswig-Holstein und die Region Heide stehen voll hinter dem Energiewende-Baukasten ENTREE100.“

Dirk Burmeister,
Entwicklungsagentur Region Heide



Unterschiedliche Bausteine des Reallabors

[Quelle: Kartendarstellung Entwicklungsagentur Region Heide, Quelle Hintergrundkarte: OpenStreetMap]

Wasserstoff durch Elektrolyse in großem Maßstab aufgebaut werden. Auf dieser Grundlage könne eine völlig neue Wertschöpfungskette entstehen. In dem Projekt KEROSyN100 werde derzeit geforscht, wie aus grünem Wasserstoff synthetischer Flugtreibstoff entstehen kann. Für ein solches Projekt sei die (über-)regionale Kooperation unverzichtbar.

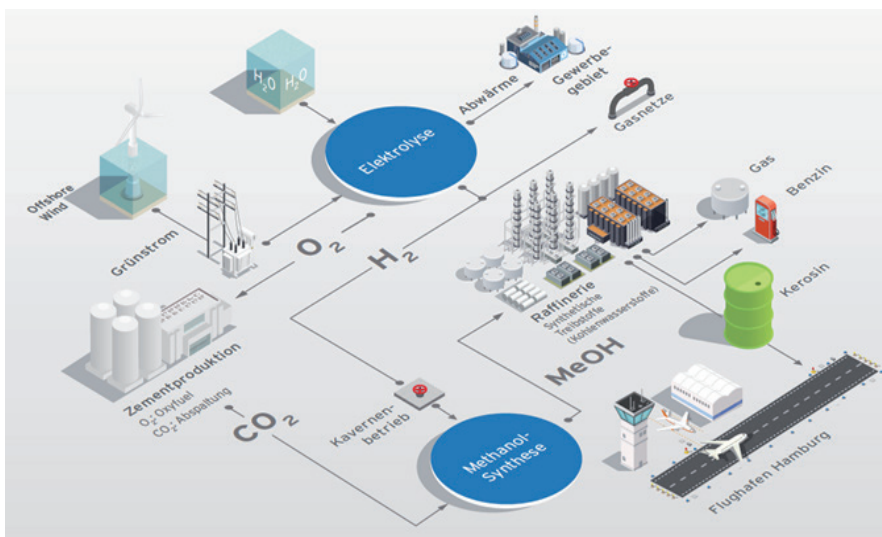
In der abschließenden, von Fabian Schmitz-Grethlein, Bereichsleiter Energiesystem und Energieerzeugung des VKU, moderierten Diskussion stand im Mittelpunkt, wie die zuvor vorgestellten Ideen umgesetzt werden könn-

ten. Zu Silke Leuschner und Dirk Burmeister gesellte sich Heinrich Klingenberg, Geschäftsführer von hySolutions, einer Koordinierungsstelle zur Einführung von Elektro- und Brennstoffzellenfahrzeugen sowie zum Aufbau von öffentlicher Ladeinfrastruktur in Hamburg.

Die Teilnehmenden der Diskussionsrunde stimmten darin überein, dass eine politische Zielvorgabe erforderlich sei, damit die vorhandenen Ideen und technischen Möglichkeiten der Energiewende noch besser genutzt würden. Während Heinrich Klingenberg einen Rahmen mit technologischen Vorgaben befürwortete, plädierte Dirk Burmeister dafür, möglichst alle Technologien im Markt nebeneinander zuzulassen. Auch hinsichtlich der Wünsche an die Politik gab es große Übereinstimmungen: Notwendig sei ein Ausbau der klimaschutzrelevanten Energie- und Verkehrsinfrastruktur, aber auch die kontinuierliche Kommunikation. Veranstaltungen, wie die gemeinsamen Fachkonferenzen des MIL und des VKU seien ein Element, den wichtigen fachlichen Austausch zu befördern.

„Wir brauchen als Orientierungsrahmen einen systemischen Ansatz mit Vorgaben zu Zielen und Technologien. Das kann nur aus der Politik kommen.“

Heinrich Klingenberg,
hySolutions



Westküste 100: Grüner Wasserstoff und Dekarbonisierung im industriellen Maßstab

[Quelle: Entwicklungsagentur Region Heide]

KfW-Förderprogramme im Energiesektor mit verbesserten Förderkonditionen

Die KfW hat bei verschiedenen Förderprogrammen Anpassungen der Förderbedingungen vorgenommen.

KfW-Effizienzhausprogramm zur energetischen Gebäudesanierung

In den KfW-Effizienzhausprogrammen zur energetischen Gebäudesanierung (Programmnummern 151/152) wurde der Tilgungszuschuss erhöht, um die Attraktivität des zinsgünstigen Kreditprogramms zu erhöhen. Die Förderhöhe ist nach Einspareffekten gegenüber dem EnEV-Standard gestaffelt.

Energetische Stadtanierung – Quartiersversorgung

Auch die Förderprogramme 201 und 202 der KfW zur „Energetischen Stadtanierung - Quartiersversorgung“ haben sich in den Förderbedingungen verbessert: Es werden

zinsvergünstigte Darlehen für eine Laufzeit von bis zu zehn Jahren, sowie ein Tilgungszuschuss in Höhe von maximal 10 Prozent (statt bisher 5 Prozent) angeboten. Mit diesen Programmen werden eine langfristige Finanzierung von energieeffizienten Investitionen in die quartiersbezogene Wärme- und Kälteversorgung sowie Wasserver- und Abwasserentsorgung unterstützt. Im Fokus steht die Umsetzung ganzheitlicher Versorgungskonzepte unter Nutzung Erneuerbarer Energien. Beide Programme können mit anderen Fördermitteln (Kredite oder Zulagen/Zuschüsse) kombiniert werden.

Klimaschutz im Unternehmen

Die Wirtschaft trägt durch ihre Betriebsabläufe erheblich zum Klimawandel bei. Mit einem neuen KfW-Förderprogramm 293 – „Klimaschutz im Unternehmen“ wollen die KfW und das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie nun mittelständische private Gewerbebetriebe und kommunale Unternehmen motivieren, mehr in klimaschonendes Wirtschaften zu investieren. Das Förderspektrum des Programms ist breit angelegt – vom Aufbau von klimafreundlichen Wirtschaftszweigen über treibhausgasreduzierte Produktionsverfahren und Green-IT bis zur Abwärmenutzung.

Das Programm umfasst eine Kombination von zinsgünstigen Darlehen mit attraktiven Klimazuschüssen.

Weitere Informationen zu den Programmen finden Sie auf der Webseite der KfW:

www.kfw.de

Novellierung Bundesförderung für Wärmenetze 4.0

Die Förderprogramme des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) zählen zu den attraktivsten für innovative Großinvestitionen in die energetische Infrastruktur. Der Neubau oder die Transformation von Wärmenetzsystemen gelten als Schlüsselprojekte der Wärmewende. Zum 24.12.2019 hat das BAFA die Förderkonditionen für diese Maßnahmen nochmals verbessert.

Um den Unternehmen in der Corona-Krise zu helfen gewährt das BAFA in einigen Bundesförderprogrammen auf Antrag großzügige Fristverlängerungen.

Weitere Informationen auf der Webseite der BAFA: www.bafa.de



Impressionen der Konferenz

[Fotos: B.B.S.M.]

Brandenburger Kontaktstelle für den energetischen Umbau im Quartier

Ihre Ansprechpartnerinnen und -partner:

Dr. Heike Liebmann, Lutz Wüllner
B.B.S.M. Brandenburgische Beratungsgesellschaft für
Stadterneuerung und Modernisierung mbH

☎ 0331 - 289 970

✉ kontaktstelle-energie@bbsm-brandenburg.de

Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg

Anne Wolf-Diederich, Britta Bieschke
Referat 22 – Stadtentwicklung

☎ 0331 - 866 8336

✉ mil-referat22@mil.brandenburg.de

Impressum

Herausgeber:
Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung des
Landes Brandenburg
Presse, Öffentlichkeitsarbeit
Henning-von-Tresckow-Str. 2 - 8, 14467 Potsdam
oeffentlichkeitsarbeit@mil.brandenburg.de
www.mil.brandenburg.de

Redaktion: B.B.S.M. mbH

Auflage: 600